













Arbeitshilfe zu §§ 8, 44a SGB II (Feststellung der Erwerbsfähigkeit)




Ablauf des Rechtskreiswechsels zwischen SGB II und SGB XII (Az.: SI 211/113.20-4-1). Stand: 18.5.2015

Wesentliche Handlungsschritte bei Jobcenter t.a.h. und bei GS nach Verneinung der Erwerbsfähigkeit durch den Ärztlichen Dienst der Bundesagentur für Arbeit

Handlungsschritte bei Jobcenter t.a.h.	Information	Handlungsschritte bei GS
<ul style="list-style-type: none"> t.a.h. teilt GS Feststellung des Ärztlichen Dienstes mit und meldet dem Grunde nach Erstattungsanspruch an (Anlage 1). t.a.h. fordert Leistungsberechtigten auf, SGB XII-Leistungen für den Bedarfsfall geltend zu machen bzw. zu beantragen, nimmt entsprechende Anträge auf und leitet diese an GS weiter. t.a.h. leistet weiter bis zu einer Fallübernahme durch GS, § 44a Abs. 1 S. 7 SGB II. t.a.h. holt eine gutachterliche Stellungnahme zur Frage der Erwerbsfähigkeit beim RVT gemäß § 44a Abs. 1 Sätze 3 bis 6 SGB II ein und veranlasst ggf. Rentenanspruch (ggf. Antragstellung gem. § 5 SGB II). 	  	<ul style="list-style-type: none"> GS erfasst den Eingang des Erstattungsbegehrens und den Zeitpunkt der Kenntnis der Hilfebedürftigkeit (3. Kapitel SGB XII) bzw. das Datum des Antrags (4. Kapitel SGB XII). GS erhebt Widerspruch (Anlage 6).
<p>Die Entscheidung des RVT ist für Jobcenter t.a.h. und für GS verbindlich (§ 44a Abs. 2 SGB II).</p>		
<p>Erwerbsminderung wird verneint: RVT stellt Erwerbsfähigkeit des Leistungsberechtigten fest.</p>		
<ul style="list-style-type: none"> t.a.h. informiert GS, dass Erstattungsanspruch erledigt ist. kein Fallübergang zu GS. 		

<p style="text-align: center;">Volle Erwerbsminderung wird bejaht und eine bedarfsdeckende Rente bewilligt: RVT stellt volle Erwerbsminderung des Leistungsberechtigten fest. Eine <u>bedarfsdeckende</u> Rente wird bewilligt.</p>		
<ul style="list-style-type: none">• Wird die volle Erwerbsminderungsrente als Zeitrente bewilligt, macht t.a.h. den Erstattungsanspruch der Höhe nach für 6 Monate gegenüber GS geltend (befristete Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden nicht vor Beginn des siebten Kalendermonats nach dem Eintritt der Minderung der Erwerbsfähigkeit geleistet, § 101 Abs. 1 SGB VI), wenn Leistungsberechtigter nicht in BG lebt (und damit keinen Anspruch auf Sozialgeld hat).• Wird die volle Erwerbsminderungsrente auf Dauer bewilligt, informiert t.a.h. GS, dass Erstattungsbegehren erledigt ist.	 	
<p style="text-align: center;">Volle Erwerbsminderung wird bejaht und eine <u>nicht</u> bedarfsdeckende Rente bewilligt bzw. ein Rentenanspruch wird verneint: RVT stellt volle Erwerbsminderung des Leistungsberechtigten fest. Eine <u>nicht</u> bedarfsdeckende Rente wird bewilligt oder ein Rentenanspruch besteht nicht.</p>		
<ul style="list-style-type: none">• Kein Fallübergang zu GS, wenn Leistungsberechtigter befristet voll erwerbsgemindert und in BG mit Erwerbsfähigen lebt (dann Anspruch auf Sozialgeld).• t.a.h. informiert GS, dass Erstattungsbegehren erledigt ist.		
<p style="text-align: center;">Fallübergang zu GS, wenn</p> <ul style="list-style-type: none">• Leistungsberechtigter befristet voll erwerbsgemindert ist und <u>nicht</u> in BG mit Erwerbsfähigen lebt oder• Leistungsberechtigter dauerhaft voll erwerbsgemindert ist.		<ul style="list-style-type: none">• GS prüft ggf. vorrangige Ansprüche (Wohngeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld).• GS stellt Bedarf gemäß 3. oder 4. Kapitel SGB XII fest und übernimmt die Fallbearbeitung.• GS meldet vorsorglich Erstattungsanspruch beim RVT an für den Fall, dass bedarfsmindernde Rente nicht rechtzeitig geleistet wird.• GS prüft Krankenversorgung und stellt ggfls. KV des Leis-

<p>Erstattungsanspruch t.a.h.:</p> <ul style="list-style-type: none"> Soweit t.a.h einen Erstattungsanspruch gegen den RVT hat, ist dieser zunächst durchzusetzen. Im Übrigen macht t.a.h den Erstattungsanspruch in Höhe der durch den RVT nicht gedeckten Leistungen <u>ohne die Beiträge für KV/PV und ohne Zinsen</u> gegenüber GS geltend (Anlage 2) und rechnet diesen mit GS ab. 	 	<p>tungsberechtigten sicher.</p> <ul style="list-style-type: none"> GS erstattet t.a.h. die seit Tag des Widerspruchs gewährten SGB II-Leistungen ohne die Beiträge für KV/PV und ohne Zinsen. Im Übrigen richtet sich der Erstattungsumfang nach dem SGB XII (§ 44a Abs. 3 SGB II i.V.m. § 103 Abs. 2 SGB X).
<p>Fallsteuerung bei befristeter voller Erwerbsminderung:</p>		
	 	<ul style="list-style-type: none"> GS fordert den Leistungsberechtigten vor Fristablauf auf, einen Antrag auf Weiterzahlung einer Rente wegen Erwerbsminderung beim RVT zu stellen (http://www.deutsche- rentenversicherung.de/ allgemein/de/ Inhalt/5_Services/04_formulare_und_antraege/pdf/R0120.pdf? blob=publicationFile&v=14) bzw. leitet Überprüfung der Erwerbsminderung beim RVT gemäß § 45 SGB XII ein (Anlage 3). GS meldet bei t.a.h. dem Grunde nach Erstattungsansprüche an (Anlage 4) und fügt vorsorglich einen Antrag des Leistungsberechtigten bei. <p>Die weitere Fallsteuerung erfolgt gemäß der Entscheidung des RVT:</p> <p><u>RVT stellt erneute befristete volle Erwerbsminderung fest</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Kein Fallübergang zu t.a.h., GS legt Fall auf Wiedervorlage und teilt t.a.h. mit, dass Erstattungsbegehren erledigt ist.

<p>t.a.h. stellt den Bedarf gemäß SGB II fest und übernimmt die Fallbearbeitung.</p>	  	<p><u>RVT stellt dauerhafte volle Erwerbsminderung fest</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • GS überführt Fall in das 4. Kapitel SGB XII. • GS informiert t.a.h., dass Erstattungsbegehren erledigt ist. <p><u>RVT stellt Erwerbsfähigkeit fest</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • GS fordert Leistungsberechtigten auf, ab dem Tag der wieder vorliegenden Erwerbsfähigkeit SGB II-Leistungen zu beantragen bzw. leitet den aufgenommenen Antrag an Jobcenter t.a.h. weiter (konkretisierter Leistungsanspruch). • Fallübergang zu t.a.h. GS macht gegenüber t.a.h den Erstattungsanspruch der Höhe nach – einschließlich Zinsen in Höhe von 4% gemäß § 108 Abs. 2 SGB X –geltend (Anlage 5). Wegen der Zinsberechnung wird auf die Fachanweisung Durchführung von Erstattungsverfahren (LINK) verwiesen.
--	---	---